

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Keine weiteren Steuersenkungen – kommunale Finanzen sichern und stärken**

Die Finanzsituation der Kommunen spitzt sich immer weiter zu. Die Gewerbesteuer, die wichtigste Einnahmequelle der Kommunen, fiel im Jahr 2009 von 40 Mrd. € um 18 % auf 33 Mrd. €. Für 2009 verzeichnete das Land Bremen einen massiven Rückgang bei der Gewerbesteuer in Höhe von 114 Mio. €. Die kommunalen Anteile am Einkommen-, Umsatz- und Kapitalertragssteueraufkommen leiden unter der andauernden Wirtschaftskrise und Steuerrechtsänderungen. Das zum Jahresbeginn 2010 in Kraft getretene Wachstumsbeschleunigungsgesetz hat jährliche Mindereinnahmen von 8,5 Mrd. € für Bund, Länder und Kommunen zur Folge, davon 1,6 Mrd. € für die Kommunen.

Gleichzeitig mit den dramatisch sinkenden Steuereinnahmen steigen die Belastungen der Kommunen. So stiegen die Sozialausgaben der Kommunen in den vergangenen zehn Jahren von 26 Mrd. € auf inzwischen über 40 Mrd. €. Die Mehrbelastung beruht insbesondere auf der weiteren Aufgabenverlagerung des Bundes an die Kommunen. Dies betrifft vor allem Ausgaben des Hartz-IV-Systems wie die Kosten der Unterkunft und der Eingliederungshilfe. Aufgrund der absehbaren Unterfinanzierung des Rechtsanspruchs auf einen Kitaplatz ab 2013 sind zusätzliche Belastungen für die kommunalen Haushalte absehbar.

Trotz dieser dramatischen Verschlechterung der Staatsfinanzen setzt die Bundesregierung unverdrossen weiter auf Steuersenkungen. Durch die im März 2010 beschlossenen steuerlichen Entlastungen für Unternehmen drohen den Kommunen weitere Steuerausfälle in Höhe von 650 Mio. € p. a.

Anstatt den Kommunen in dieser schwierigen Lage unter die Arme zu greifen, greift die Bundesregierung mit ihrer am 4. März 2010 konstituierten Regierungskommission zur Reform der Gewerbesteuer die Haupteinnahmequelle der Kommunen an. Laut Koalitionsvertrag soll die Kommission „auch den Ersatz der Gewerbesteuer (. . .) prüfen.“ Dies kann im Zusammenhang mit den geplanten weiteren Steuersenkungen bedeuten, dass die gerade durch das Bundesverfassungsgericht bestätigte Gewerbesteuer am Ende abgeschafft wird. Damit wird die in Artikel 28 Abs. 5 Grundgesetz verankerte Selbstverwaltungsgarantie der Kommunen weiter untergraben. Der aus der Föderalismusreform II hervorgehende Konsolidierungsdruck auf Bund und Länder darf aber auf keinen Fall einseitig auf die Kommunen abgewälzt werden, vielmehr muss eine faire Kostenverteilung bei den vom Bund den Kommunen übertragenen Aufgaben hergestellt werden (Konnexitätsprinzip).

Der Stadtstaat Bremen hat als einer der kommunalen Vertreter im föderalen System der Bundesrepublik hier eine herausgehobene Stellung, um im Bundesrat die Belange der Kommunen zu vertreten. Gleichzeitig sind stabile Steuereinnahmen für Bremen eine der Grundlagen der Einhaltung der Schuldenbremse der Föderalismusreform II.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. dafür einzutreten, dass die Gewerbesteuer als wichtigste Steuereinnahmequelle der Kommunen erhalten bleibt und weiterentwickelt wird, wie dies die kommunalen Spitzenverbände fordern. Zielsetzung muss sein, eine gestärkte und stabile Einnahmequelle für die Kommunen zu sichern;

2. weiteren Steuersenkungen, die zulasten der kommunalen Haushalte und damit auch Bremens und Bremerhavens gehen, im Bundesrat nicht zuzustimmen;
3. sich in einem breiten Bündnis der Kommunen für eine Stabilisierung der Einnahmehasis und eine Entlastung bei den Sozialausgaben – insbesondere bei den kommunalen Anteilen an den Kosten der Unterkunft und der Grundsicherung im Alter – einzusetzen;
4. sich im Bundesrat für eine realitätsnahe Bedarfsrechnung für die Inanspruchnahme des Kita-Rechtsanspruchs ab 2013 einzusetzen, da bei einer absehbaren Unterfinanzierung die Kommunen eine finanzielle Lücke nicht allein auffangen können;
5. sich im Rahmen der Neuordnung der Gemeindefinanzierung für eine Stärkung der Beteiligungsrechte der Kommunen bei Bundesgesetzesvorhaben, die Auswirkungen auf die kommunalen Finanzen haben, einzusetzen.

Uta Kummer,  
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Hermann Kuhn,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen